

Gemeinsam für die Rechte von Lesben und Schwulen

Grußwort von Frank Bsirske an den LSVD-Bundesverbandstag am 10./11. April 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Verbandstag kann der LSVD auf seine 20-jährige Arbeit zurückblicken, eine äußerst engagierte Arbeit mit gesellschaftlich weitreichenden Erfolgen für die Rechte von lesbischen und schwulen Menschen. Als „Schwulenverband in der DDR“ am 18. Februar 1990 gegründet und dann, wenige Wochen vor der Deutschen Einheit, am 23. Juni 1990 auf dem 1. Verbandstag umbenannt in „Schwulenverband in Deutschland“ entwickelte sich der Verband mit der im März 1999 erfolgten Erweiterung zum „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland“ zur größten Bürgerrechts- und Selbsthilfeorganisation von Lesben und Schwulen in Deutschland, international anerkannt u. a. als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

Zu diesem Jubiläum und den erreichten Erfolgen übermittle ich sehr gerne die Glückwünsche von ver.di!

Unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verbindet zahlreiche Gemeinsamkeiten mit dem LSVD, gemeinsame Forderungen, gemeinsame Aktionen und auch gemeinsame Mitgliedschaften von Aktiven und Unterstützenden. Der Kampf für die Menschenwürde, der Einsatz für diskriminierungsfreie Arbeits- und Lebensbedingungen, der Kampf gegen soziale Ausgrenzung oder rechtliche Benachteiligung sind gewerkschaftliche Kernaufgaben. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Identität, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder wegen seiner Behinde-

rung benachteiligt werden. Der Gleichheitsartikel des Grundgesetzes muss um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt werden! Für diese Forderung stehe ich schon lange ein, und zu dieser Position hat sich ver.di als Gesamtorganisation auf dem letzten Bundeskongress 2007 nochmals unmissverständlich erklärt.

Bereits viele Jahre bevor sich im März 2001 die Gewerkschaften ÖTV, HBV, DAG, DPG und IG Medien zu ver.di zusammenschlossen, haben sich lesbische und schwule Mitglieder in einzelnen Gewerkschaften für ihre Interessen stark gemacht und mussten sich zunächst auch gegen Vorbehalte und Vorurteile innerhalb der eigenen Organisation durchsetzen. Nachdem 1978 in der Berliner Gewerkschaft ÖTV der erste „Arbeitskreis Homosexualität“ eingerichtet wurde, folgte die ÖTV diesem Beispiel auch in anderen Städten. Damit war das Thema auch in der Aufklärungs- und Bildungsarbeit der Gesamtorganisation angekommen. Auf dem Gewerkschaftstag 1988 forderte die ÖTV die Abschaffung des seinerzeit in der BRD noch geltenden Strafrechtsparagrafen 175 sowie umfassende Maßnahmen für die Rechte von Lesben und Schwulen. In deren Folge legte sie 1990 als erste Gewerkschaft den Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes vor, das Lesben und Schwule vor Benachteiligungen in Arbeit und Beruf schützen sollte.

Als 1990 der SVD gegründet wurde, konnte die neue deutsche Schwulen- und Lesbenbewegung schon auf fast 20 Jahre Emanzipationsarbeit zurückblicken. Eine wichtige Erkenntnis nach Jahrzehnten der Kriminalisierung und Tabuisierung homosexueller Lebensweisen war die Aufforderung des gemeinsam organisierten Sichtbarmachens, nicht nur separiert auf der Straße, sondern auch dort, wo Lesben und Schwule sich ganz gewöhnlich bewegen: am Arbeitsplatz, an

Schulen und Universitäten, in Parteien, Berufsverbänden, in Gewerkschaften. Ein in der Rückschau wichtiger Schritt war der politische Zusammenschluss in einem Interessenverband, der in der Öffentlichkeit und gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen für die Durchsetzung von gleichen Rechten für Lesben und Schwule eintritt und für ihre uneingeschränkte gesellschaftliche Akzeptanz. Für einen solchen Verband sollte der LSVD stehen.

Der LSVD hat, in geschichtlich relativ kurzer Zeit von zwei Jahrzehnten, hervorragende Veränderungen für die Lesben und Schwulen in unserem Land angestoßen und bewirken können. Bei zahlreichen Aktionen und Kampagnen des LSVD konnte auch ver.di als Bündnispartner mit auftreten und somit eine nachhaltige Zusammenarbeit bei der Umsetzung gemeinsamer Forderungen entwickeln. Genannt seien hier beispielhaft die bundesweite „Aktion Standesamt“ und „Gleiche Pflichten – Gleiche Rechte“, die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien ins deutsche Recht, die Aktion „Keine halben Sachen“ und die „Aktion 3+ sexuelle Identität ins Grundgesetz“, oder regionale Antidiskriminierungs- und Solidaritätsaktionen sowie Bündnisse gegen Homophobie und Veranstaltungen zum Gedenken an homosexuelle Naziopfer. Nicht zu vergessen die vielen Einzelfälle, die der LSVD rechtlich begleitete und die auch ver.di bei der Rechtsvertretung bis hin zum Bundesarbeits- oder Bundesverfassungsgericht unterstützte.

Die Ausgrenzung und Diskriminierung wegen der sexuellen Identität hat eine lange und schmerzliche Geschichte, die noch heute in allen gesellschaftlichen Bereichen nachwirkt. Von einer nachhaltigen gesellschaftlichen Akzeptanz nicht-heterosexueller Lebensweisen oder von einer Beseitigung rechtlicher Ungleichbehandlung kann noch lange nicht ernsthaft gesprochen werden. Auch heute kann ein Outing zum Karriereknick führen, wie wir wissen, und die inzwischen vielen CSDs sind zumindest solange erforderlich, wie Übergriffe und Gewalttätigkeiten gegen Lesben, Schwule oder Transgender stattfinden. Gerade aus der Geschichte des § 175 wissen wir, dass Erreichtes oder



erreicht Geglauhtes nicht zwingend für die Zukunft Bestand haben muss. Das gilt für Minderheiten generell und insbesondere für Menschen mit einer anderen sexuellen Identität.

Deshalb wird auch ver.di nicht aufhören, sich für die umfassende rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern einzusetzen und den Betroffenen mit Rat und Tat beizustehen. Der ver.di-Bundesarbeitskreis, der meinem Vorsitzenden-Ressort angegliedert ist, nimmt wichtige Funktionen als Motor zur Artikulation der Interessen unserer lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgener Mitglieder wahr, immerhin in der Größenordnung von rund einer viertel Million unserer Mitglieder – gemäß der statistischen Annahme, wobei die bisexuellen noch gar nicht eingerechnet sind. Als Solidargemeinschaft sprechen wir aber selbstverständlich auch unsere heterosexuelle Mitgliedschaft an, ohne die unsere Forderungen und Ziele schwer realisierbar sind.

Ich wünsche unserer Gewerkschaft ver.di, dass die Zusammenarbeit mit dem LSVD fortgesetzt und intensiviert wird und die Vorhaben des LSVD mit verlässlicher Unterstützung großer Bevölkerungskreise und starken Bündnispartnern mit größtmöglichem Erfolg weiter gelingen mögen.

*Frank Bsirske
ver.di-Vorsitzender*